

INHALT

1. Landesregierung macht trotz deutlicher Mehreinnahmen noch mehr Schulden
2. Regierungsparteien schließen sich CDU-Antrag an
3. Debatte über Änderung des Sparkassengesetzes
4. CDU und FDP wollen Regelungen zu Spielerschutz und Suchtprävention für private Automatenhallen und staatliche Spielbanken angleichen
5. Keine reformpädagogischen Experimente an unseren Schulen

25.09.2013

Landesregierung macht trotz deutlicher Mehreinnahmen noch mehr Schulden CDU-Fraktion greift Ministerpräsidenten in Haushaltsdebatte scharf an



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen hat in der heutigen Debatte zur ersten Lesung des Landeshaushalts Ministerpräsident Torsten Albig scharf angegriffen. Der von diesem zu verantwortende Haushalt werde nicht im Ansatz dessen öffentlich erhobenen Behauptungen gerecht. Noch im Juni dieses Jahres habe Albig erklärt, öffentliche Mittel künftig nur noch für drei Bereiche auszugeben: Gut ausgebildete Menschen, eine gute Infrastruktur, Schuldentilgung. Von den zusätzlichen Steuereinnahmen des Landes würden im Haushaltsentwurf der Landesregierung für das kommende Jahr jedoch nur knapp ein Viertel für diese drei Schwerpunkte eingeplant.

„Und deshalb müssen sie als Ministerpräsident heute den eklatanten Widerspruch zwischen

ihren öffentlichen Reden und diesem Haushaltsentwurf erklären“, forderte Callsen.

Mit dem geringen Anstieg bei den Bildungsausgaben könnten darüber hinaus noch nicht einmal die von rot/grün/blau zu verantwortenden Beschlüsse für Kleinstoberstufen an Gemeinschaftsschulen und die Einführung des Einheitslehrers bezahlt werden. „Und deshalb schieben Sie mehr Stellen in die Gemeinschaftsschulen und schließen kleine Schulen im ländlichen Raum. Den Kampf gegen den Unterrichtsausfall haben Sie aufgegeben. Dafür ist schlicht kein Geld mehr da“, so Callsen.

Anstatt Ausgaben zu kürzen, erhöhe die Landesregierung die Aufwendungen für den Konsum um 175 Millionen Euro. Gleichzeitig werde die Investitionsquote von der Regierung dramatisch abgesenkt. „Sie schaffen zusätzliche Stellen im Beamtenapparat und verschieben die längst beschlossenen Stellenkürzungen auf den Sankt Nimmerleinstag. Sie bauen zusätzliche Behörden auf, um die Überwachung Ihrer wirtschaftsfeindlichen Gesetze sicher zu stellen. Sie haben Geld für rot/grün/blau Lieblingprojekte. Sie machen notwendige und vertretbare Kürzungen überall dort rückgängig, wo Ihre Klientel sitzt“, so Callsen. Demgegenüber werde der dringend notwendige Breitbandausbau verschoben, in der Verkehrspolitik blockierten die Grünen notwendige Investitionen in den Straßenbau.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende wandte sich in der Haushaltsdebatte auch den wirtschaftsfeindlichen Gesetzen der neuen Landesregierung zu. So plane die Regierung mit einer weiter wachsenden Wirtschaft und dementsprechend steigenden Steuereinnahmen. SPD, Grüne und SSW hätten jedoch immer noch nicht erkannt, dass auch diese Steuern von Menschen erarbeitet werden. Dafür müssten aber die Rahmenbedingungen stimmen. „Die CDU-geführte Regierung hat genau diese Rahmenbedingungen verbessert. Auch deshalb ist die Arbeitslosigkeit heute so niedrig. Auch deshalb sind die Steuereinnahmen so hoch“, so Callsen.

Die Politik der SPD-geführten Regierung zerstöre die Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Mittelstand. Bereits jetzt falle Schleswig-Holsteins Arbeitsmarktentwicklung langsam aber sicher wieder hinter den Bundesdurchschnitt zurück. „Wenn Ihr wirklich beispielloser Murks aus Vergabegesetz, Mindestlohn und Korruptionsregister in Kraft tritt, werden ganz schnell wieder die Arbeitslosenzahlen der letzten rot/grünen Regierung erreicht. Dann bricht Ihre heile Steuerwelt in sich zusammen“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende.

Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Tobias Koch, warf Finanzministerin Monika Heinold beim Abbau der Neuverschuldung eine Verschleierungstaktik vor. Mit ihrer Aussage, „sogar schon“ 2017 die „schwarze Null“ zu erreichen, führe sie die Bevölkerung an der Nase herum. Der von Heinold selbst im Herbst letzten Jahres vorgelegte Finanzplan sah eine schwarze Null bereits für das Haushaltsjahr 2016 vor.

Alles in Allem ergebe sich durch die hohen Mehreinnahmen und niedrigere Zinsausgaben ein positiver Effekt von 1.160 Millionen Euro in den kommenden Jahren. Im vorgelegten Haushalt der Landesregierung steige die Verschuldung jedoch um 180 Millionen Euro zusätzlich an.

„Die Landesregierung schafft es nicht, die Ausgaben unter Kontrolle zu behalten. Die Ausgaben der kommenden drei Jahre liegen um 630 Millionen Euro höher, als die Landesregierung es im Oktober 2012 noch selbst geplant hatte“, so Koch.

Ministerpräsident Torsten Albig ging in seiner Rede auf keinen der Punkte konkret ein. Zwischenfragen ließ er nicht zu.

Regierungsparteien schließen sich CDU-Antrag an Forderung zur Flüchtlingspolitik findet überparteiliche Parlamentsmehrheit



Astrid Damerow, MdB

Vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen diskutierte der Landtag heute (25. September 2013) auf Antrag der CDU-Fraktion über die Flüchtlingspolitik des Landes. Die CDU-Fraktion forderte dabei ein gemeinsames Konzept von Land und Kommunen, durch das den Kommunen schnell bei der Unterbringung von Flüchtlingen geholfen werden soll.

Die Landesregierung dürfe die Kommunen nicht allein im Regen stehen lassen, sondern müsse sie bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aktiv unterstützen. Dem von der CDU-Fraktion eingebrachten Antrag schlossen sich auch die anderen Fraktionen an, so dass dieser eine interfraktionelle Mehrheit fand.

In der Debatte wies die flüchtlingspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, auf die drängenden Probleme hin. „Schon heute wissen wir, dass die Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster voll belegt ist und dass die Kreise und Kommunen zunehmend Schwierigkeiten haben, die ihnen zugewiesenen Flüchtlinge unterzubringen und zu betreuen. Ein gemeinsames Konzept ist daher unerlässlich“, so Damerow.

Zudem wies die CDU-Abgeordnete darauf hin, dass auch die aufnehmende Bevölkerung ausreichend vorbereitet werden müsse. „Wir wollen keine Szenen der Ablehnung erleben, wie dies bereits an anderen Orten geschehen ist“, so Damerow..

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1142.pdf>

Debatte über Änderung des Sparkassengesetzes Landesregierung hat keine Konzepte

Erneut befasste sich das Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtags heute (25. September 2013) mit der Änderung des Sparkassengesetzes. Bereits vor fast einem Jahr hatte die CDU-Fraktion einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem auch dem Sparkassen- und Giroverband die Möglichkeit von Minderheitenbeteiligungen eingeräumt werden sollte. Die Koalitionsfraktionen hatten sich bislang stets geweigert, auf Grundlage dieses Antrags zu beraten. Nun wurde über einen Entwurf der Landesregierung debattiert.

„Dieser Gesetzentwurf der Landesregierung bietet keine Hilfe für die Kapitalausstattung der schleswig-holsteinischen Sparkassen, die über den Gesetzentwurf der CDU hinausgeht. Dieser Entwurf ist für fast ein Jahr Regierungshandeln ein wirklich dürftiges Ergebnis“, kritisierte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Tobias Koch, in Richtung des zuständigen Innenministers.

In einem unparlamentarischen Hau-Ruck-Verfahren sei die Möglichkeit einer Minderheitsbeteiligung durch die Hamburger Sparkasse gestrichen worden. Nun würde diese Möglichkeit auch für öffentlich rechtliche Sparkassen anderer Bundesländer gestrichen. Die vorgesehene Beteiligung der Kommunen habe angesichts der Politik der Landesregierung reinen Alibicharakter.

„Mit der von Ihnen vorgelegten Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs, Herr Innenminister, nehmen sich den Sparkassen auch noch die letzte Chance zusätzliches Kapital von ihren Trägern aufzunehmen. Welcher Kreis soll dazu denn in Zukunft noch in der Lage sein, nachdem Sie ihn mit dem FAG geschröpft haben?“, so Koch.

Mit dem neuen FAG Sorge der Innenminister dafür, dass es allen Städten und Gemeinden, die sich heute noch an einer Sparkasse beteiligen könnten, zukünftig gleich schlecht gehe. Auch die geschaffenen Beteiligungsmöglichkeiten des Sparkassen- und Giroverbandes seien unzureichend.

Koch richtete in der Debatte konkret diese noch dringend zu klärenden Fragen an Innenminister Breitner, der sich jedoch nicht dazu äußerte und die Möglichkeit zur Aufklärung verstreichen lies.



Tobias Koch, MdL

CDU und FDP wollen Regelungen zu Spielerschutz und Suchtprävention für private Automatenhallen umsetzen Debatte zeigt Meinungsunterschiede im Regierungslager



Parlamentarischer Geschäftsführer, Hans-Jörn Arp, MdL

Mit ihrer derzeit in der Beratung befindlichen Neuregelung des Spielhallengesetzes – dabei geht es um die privat betriebenen so genannten „Automatenhallen“ - wollen SPD, Grüne und SSW dort unter anderem Rauch-, Alkohol- und Verzehrerbote sowie eine Reduzierung der Automatenzahl durchsetzen. Begründet wird dies mit den Zielen des Spielerschutzes und der Suchtprävention.

Für die staatlich betriebenen Spielbanken gelten diese scharfen Regelungen bislang nicht. Gemeinsam mit der FDP hat die CDU-Fraktion einen Entwurf für ein neues Spielbankengesetz eingebracht, mit dem die von SPD, Grünen und SSW für Spielhallen vorgesehenen Regelungen auch auf die Spielbanken übertragen werden sollen.

„Es gibt keine schlüssige Begründung dafür, die staatlichen Spielbanken den Spielhallen gesetzlich vorzuziehen. Deshalb muss die Landesregierung das Spielbankengesetz an das schärfere Spielhallengesetz anpassen und Kohärenz zwischen den Rechtsgrundlagen herstellen“, forderte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp, heute in der Debatte.

Insgesamt müsse dafür Sorge getragen werden, dass das gesetzgeberische Durcheinander in Schleswig-Holstein ein Ende habe. Durch den Beitritt zum Glücksspielstaatsvertrag befinde sich die Koalition weiter auf brüchigem Eis. Sie habe versucht, ein Monopol bei den Sportwetten und beim Lotto zu schaffen und sei jeweils gescheitert. Jetzt versuche sie dasselbe bei den Spielbanken und werde wieder scheitern. Für das Spiel im Internet fehle SPD, Grünen und SSW jedes Konzept. „Sie verweigern sich der Realität“, so der CDU-Abgeordnete.

Arp wies als Beleg darauf hin, dass sich die anderen 15 Bundesländer seit über einem Jahr nicht in der Lage sehen, auf der Basis ihres geltenden Glücksspielstaatsvertrages Lizenzen für Sportwetten und Online-Casinospiele zu vergeben. Ausgerechnet Schleswig-Holstein, das aufgrund des von CDU und FDP eingeführten Glücksspielrechts problemlos Lizenzen vergeben können, sei diesem Vertrag beigetreten. Es verdichteten sich die Anzeichen, dass die Lizenzvergabe wegen unheilbarer rechtlicher Schwierigkeiten komplett zu scheitern drohe.

Arp forderte die Landesregierung auf, die Öffentlichkeit über den Umfang der Probleme mit dem neuen Staatsvertrag zu informieren. Diese Chance nahm die Landesregierung im Parlament nicht wahr. Mit einer Kleinen Anfrage der CDU-Fraktion soll diese Transparenz nun

hergestellt werden.

In der Debatte wurden unterschiedliche Auffassungen der Regierungsfractionen und auch des Innenministeriums zum Gesetzentwurf von CDU und FDP deutlich. Während der Grüne Redner Rasmus Andresen den Gesetzentwurf begrüßte, zeigten sich Vertreter der SPD, darunter Innenminister Andreas Breitner, sehr reserviert.

Link zur Kleinen Anfrage:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/Sportwettkonzessionen25-09-13.pdf>

Link zum Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1125.pdf>

Keine reformpädagogischen Experimente an unseren Schulen **Bildungsministerin muss Verzicht auf fragwürdige Unterrichtsmethoden sicherstellen**



Bildungsministerin Heike Franzen, MdL

Mit der Debatte über die umstrittene Unterrichtsmethode „Lesen durch Schreiben“ begann am heutigen Mittwochnachmittag (25. September 2013) die große bildungspolitische Debatte der Septembersitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Sie wird morgen zum Thema Lehrersituation in Schleswig-Holstein und mit der ersten Lesung des neuen Schulgesetzes fortgesetzt.

Die CDU-Fraktion hatte beantragt, die umstrittene Unterrichtsmethode „Lesen durch Schreiben“ nicht an den Schulen in Schleswig-Holstein anzuwenden. Wissenschaftliche Untersuchungen hätten gezeigt, dass diese Methode absolut in Frage zu stellen sei. Die Methode sieht vor, dass Kinder - so wie sie Worte hören - erst einmal munter drauf los schreiben sollen, ohne dabei korrigiert zu werden. So könnten sich falsche Wortschemata und Muster abspeichern, die man dann mühsam über Jahre hinweg abgewöhnt werden müssten.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen, kritisierte diese Methode. „Hat man sich die falsche Schreibweise erst mal angewöhnt – weil man sie vielleicht sogar so gelernt hat – fällt es nicht nur Kindern viel schwerer sich umzugewöhnen und die richtige Schreibweise zu lernen. Da ist es doch sinnvoller, gleich den richtigen Weg zu gehen“, so Franzen.

Die CDU-Fraktion sei weit davon entfernt in die pädagogischen Freiheiten der Schulen einzugreifen. Zeige sich jedoch, wie in diesem Fall, dass die Unterrichtsmethoden so

unterschiedlich in ihrer Wirkung auf den Schreiberwerb seien, dann solle man auf Lese-Schreib-Kurse setzen, die offenbar erfolgreicher seien.

„Wir brauchen einen guten Unterricht für unsere Kinder, daher muss die Bildungsministerin sicherstellen, dass auf „Lesen durch Schreiben“ verzichtet wird“, so Franzen abschließend.

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de